

# Zwei Fraktionen für ein neues Baugebiet für Höxter

CDU und FDP beantragen ein Konzept für ein Flurstück, das 40 Wohneinheiten umfassen kann. Was die Kriterien sind.

**Simone Flörke**

■ **Höxter.** Die Stadtratsfraktionen von CDU und FDP stellen einen gemeinsamen Antrag zur Entwicklung eines neuen Baugebiets in der Kernstadt Höxter Im Flor: Damit soll die Attraktivitätssteigerung, die sich durch die Landesgartenschau mit den vielen neuen Städtebaumaßnahmen, ergebe, begleitet und ergänzt werden, heißt es zur Begründung. Gerade für junge baupflichtige Familien solle ein Angebot für die Ansiedlung in Höxter gemacht werden, um „den vielfältigen Wünschen nachzukommen“.

Es bestehe ein großes Defizit an städtischem Bauland sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortschaften, heißt es vonseiten der Fraktionen. Das spiegelt sich im Abbremsen der Stabilisierung oder sogar der Entwicklung der Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet wider: „in Indiz dafür ist die Ausweisung der Stadt Höxter von aktuell nur 13 Wohnbaugrundstücke ausschließlich in den drei Ortschaften Bode-

den, Bruchhausen und Fürstenaue aus“, so die Union und die Liberalen in ihrem Antrag. Sie verweisen auf Stadtentwicklung durch LGS-Maßnahmen, durch Gewerbeansiedlungen und anderen Einrichtungen, die das Wohnen in Höxter attraktiv machten – und die man aufgreifen müsse: Es besteht bereits seit geraumer Zeit eine hohe Nachfrage durch rückkehrende und ortsansässige junge Familien sowie andere Bauwillige oder Wohnungssuchende verschie-

der Generationen und Altersgruppen. Auch dem Fachkräftemangel wolle man mit attraktiven Wohnkonzepten begegnen. Hinzu komme der Mangel an barrierefreiem Wohnraum und die fehlenden Möglichkeiten für generationenübergreifendes Wohnen sowie zunehmende Engpässe an Sozialwohnungen in zeitgemäßem Energiestandard, dem Rechnung getragen werden müsse. Das ins Visier genommene Flurstück sei im Besitz der Stadt und biete bei

einer Größe von zwei Hektar Fläche ein Potenzial von rund 40 Wohneinheiten. Die Erreichbarkeit der heute bereits vorhandenen Infrastruktur sei optimal, so die beiden Fraktionen. Sie zählen auf die fußläufige Nähe zum Einzelhandel, zur Innenstadt, zu Schulen und Kita, zum Hallenbad, zu Freizeit und Natur/Sport/Naherholung – zusammengefasst in den Worten: „Stadt der kurzen Wege“.

Das sind die von FDP und CDU dafür nun entwickelten

Kriterien fürs neue Bauland:

- ◆ hohe städtebauliche Qualität durch nachhaltiges, zukunftsweisendes Bauen
- ◆ städtebauliches Konzept für das Areal/die Fläche entwickeln (und gegebenenfalls den benachbarten Bestand mit einbinden)
- ◆ Nachhaltigkeit des Gesamtprojektes in Bezug auf Mobilität, Energieversorgung, Breitbandausbau und so weiter
- ◆ sparsamer Flächenverbrauch (teils Geschosswohnungsbau)
- ◆ effektive Nutzung vorhandener Infrastruktur, Sporthallen und ähnliches
- ◆ neue Wohnformen und soziale Mischung ermöglichen
- ◆ unterschiedliche Gebäudetypologien denken und eine optimale bauliche Dichte gewährleisten
- ◆ geförderter/preisgünstiger (Miet-)Wohnungsbau
- ◆ Berücksichtigung des demografischen Wandels
- ◆ ausgewogene Mischung von barrierefreiem Wohnungsbau/Geschosswohnungsbau/Bungalow/EFH
- ◆ Mehrgenerationenwohnen.



Günther Ludwig (CDU-Fraktionsvorsitzender; v. l.), Holger Engel (FDP), Andreas Knebel (CDU), Martin Hillebrand (FDP-Fraktionsvorsitzender), Reinhard Großkopf (CDU), Daniel Razat (CDU-Stadtverbandsvorsitzender), Johan Josef Dirkes (CD), Edison Buch (CDU), Mark Becker (CDU), Martin Kreuzer (FDP), Markus Bömelburg (FDP).

Foto: CDU